68. Jahrgang. № 89

Sonnabend, 29. März 1924

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1924 bei täglich zweimalig. Zustellung frei Haus 1.50 Goldmark. Postbezugspreis für Monat März 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Das neue Kabinett Poincaré.

Ausschiffung des Finanzministers De Lasteyrie. — Loucheur und Marsal als neue Männer.

Herr von Kahr, General von Lossow, Oberst von Seisser sind nach Italien abgereist.

Die Ministerliste.

Paris, 28. März. Havas verbreitet folgende neue Ministerliste:

Vorsitz und Aeußeres: Poincaré,
Justiz und Vizepräsidentschaft: Leféore de Pré,
Inneres: De Selves,
Krieg: Maginot,
Oeffentliche Arbeiten: Le Trocquer,
Finanzen: Francois Marsal,
Handel: Loucheur,
Marine: Bokanowsky,
Arbeit: Daniel Vincent,
Unterricht: Henry de Jouvenel,
Landwirtschaft: Capus,
Befreite Gebiete: Marin,
Kolonien: Oberstleutnant Fabry.

Havas zufolge traten die neuen Mitarbeiter Poincarés bereits um 5½ Uhr im Quai d'Orsay zu einer Sitzung zusammen. (W. T. B.)

Poincarés Regierungserklärung am Sonntag.

Paris, 28. März. Die Pariser Blätter drücken heute allgemein Freude darüber aus, daß Poincaré sich entschlossen habe, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Poincaré wird im Laufe des Sonntags in der Kammersitzung eine Regierungserklärung abgeben.

Der Plan des Dawes-Komitees.

2½ Milliarden Goldmark Jahreszahlungen.

Paris, 28. März. Der „Matin" glaubt in der Lage zu sein, den Plan des Komitees Dawes zu entwickeln, dessen Aufgabe darin bestanden habe, die Höhe der deutschen Schuld zu bestimmen, und aufs neue die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abzuschätzen. Die Sanierung der deutschen Finanzen, die erleichtert werden solle durch die Schaffung einer Goldemissionsbank, solle erzielt werden **durch eine sehr strenge Kontrolle über die Staatseinnahmen und -ausgaben, durch den Ertrag einer internationalen Anleihe und durch ein Moratorium von drei Jahren.** Dieses Moratorium werde jedoch sowohl nur ein Teilmoratorium wie auch ein beschränktes sein. Ein **Teilmoratorium** werde es insofern sein, als während seiner Dauer das Deutsche Reich Sachlieferungen ausführen müsse, die Ausgleichs- und Restitutionsämter mit Mitteln zu versehen, und auch für die Erhaltung der französischen Besatzungsarmee aufzukommen habe. Ein **beschränktes** werde es sein, weil die vorgesehenen Ausgaben für diese vier Kategorien bis zum Ablauf des Moratoriums von Jahr zu Jahr steigen würden. Ueber die Summen, die hierfür einzusetzen seien, hätten sich die Sachverständigen noch nicht geeinigt.

Aber nach Beendigung des Moratoriums solle Deutschland in den Stand gesetzt sein, jährlich ungefähr 2½ Milliarden Goldmark zu zahlen.

Diese 2½ Milliarden sollten erzielt werden aus den Zolleinnahmen, den gegenwärtigen und den neuen Steuern, deren Ertrag der Reparationskommission direkt übermittelt werde.

Der „Matin" nennt sodann die folgenden Zahlen:

1200 Millionen Franken (die Ziffer sei strittig) Zinsen der Obligationen auf die deutsche Wirtschaft,
300 Millionen Zinsen der Obligationen, die durch die Eisenbahn garantiert werden sollen.

Der industrielle und landwirtschaftliche deutsche Besitz solle mit einer Hypothek von 10 Milliarden zugunsten einer Gesellschaft belastet werden, die für den entsprechenden Betrag Obligationen ausgeben würde. Diese Obligationen würden 40 Jahre hindurch 6 Prozent bringen (5 Proz. Zinsen, 1 Proz. Tilgungsrate). Von diesen 10 Milliarden würden 6 der **Reparationskommission** übergeben, die sie entweder behalten und die 300 Millionen Zinsen jährlich einziehen oder sie an Privatpersonen verkaufen und auf diese Weise die 6 Milliarden Goldmark flüssig machen könne.

Ferner werde eine **deutsche Reichseisenbahngesellschaft** mit einem Kapital von 26 Milliarden Goldmark geschaffen, das sich wie folgt zusammensetze: 2 Milliarden Vorzugsaktien, die der deutschen Regierung übergeben würden, 2 weitere Milliarden Vorzugsaktien, welche die Reparationskommission behalten werde; 11 Milliarden gewöhnliche Aktien, die wiederum der deutschen Regierung übergeben werden sollen; 11 Milliarden bevorrechtigte Obligationen zu 6 Proz. (5 Proz. Zinsen, 1 Proz. Tilgungsrate) bringen und wiederum an die Reparationskommission geben sollten. Die Konzession solle eine Gültigkeit von 50 Jahren haben. Die Reparationskommission könne in diesem Falle die Obligationen behalten und jährlich 660 Millionen Zinsen einziehen oder sie auf den Markt bringen und auf diese Weise sofort etwa 10 Milliarden Goldmark flüssig machen. Ferner werde die Reparations-kommission den Ertrag einer Transportsteuer zugewiesen erhalten, der auf 300 Millionen Goldmark jährlich geschätzt werde. (W. T. B.)

Reparationsprovinz Rheinland.

Es ist ein Verdienst des Londoner „Times"-Korrespondenten, die allgemeine Aufmerksamkeit auf jenes ruchlose Ausbeutungssystem gelenkt zu haben, mit dem die Franzosen nach der deutschen Niederlage im Ruhrkampfe das unterjochte Rhein- und Ruhrgebiet in einer Weise auspressen, wie es nur aus der Geschichte des Altertums bekannt ist. Die „Times" haben das bezeichnende Wort von dem separatistischen System Frankreichs, das das besetzte Gebiet in eine Reparationsprovinz umwandle, geprägt, und wie ernst man auch in England die Gefahren dieser Politik nimmt, zeigt die Anfrage des Führers der englischen Liberalen Asquith im Unterhause, der mit eindringlichen Worten auf den unvermeidlichen Ruin der Ruhrindustrie und die Gefährdung der deutschen Währung hinwies. Macdonalds Antwort läßt aber auch keinen Zweifel darüber, daß die englische Regierung im Augenblick gar nicht daran denkt, durch irgendwelche Maßnahmen in dieser Richtung ihr Streben nach einem englisch-französischen Ausgleich über die allgemeinen weltpolitischen Fragen zu stören. Um so mehr liegt es daher an uns, die Augen offen zu halten gegenüber den ungeheuren Gefahren, die sich aus einer Fortsetzung der französischen Ausbeutungspolitik an Rhein und Ruhr über den 15. April, den Verfalltag der Micumverträge, hinaus ergeben.

Die schwärzesten Befürchtungen, die man bei uns an den Abschluß und die dauernde Erweiterung der Micumverträge geknüpft hatte, sind in Wirklichkeit noch übertroffen worden; denn man gibt sich heute bei uns keiner Täuschung mehr darüber hin, daß das Ziel Frankreichs durchaus nicht bloß auf eine wirtschaftliche Ausbeutung hinausläuft, sondern auf eine völlige wirtschaftliche Losschnürung des besetzten Gebiets von Deutschland und seine allmähliche Eingliederung in das französische Wirtschaftsgebiet. Auf eine einfache politische Formel gebracht, lautet das französische Ziel, wie es sich nach dem Scheitern des Separatistenschwindels darstellt: Durch den wirtschaftlichen zum politischen Separatismus. Das hat die Pariser „Information" vor einiger Zeit dadurch treffend gekennzeichnet, daß sie einen Artikel, der die weitgehendste Begünstigung des rheinischen Handelsverkehrs mit Frankreich fordert, mit dem Hinweis schließt, daß „die politische Entwicklung der ökonomischen von selbst folgen werde". Das Werkzeug für diese Politik sind die Micumverträge, die zunächst natürlich dem französischen Volke die „Produktivität" der Pfänder dartun, darüber hinaus aber mit Hilfe des unerhörten Kontroll- und Ausfuhrlizenzsystems die Ruhrindustrie in die Gewalt der französischen Konzerne bringen sollten. Im Saargebiet hat man mit diesem Drosselungssystem bereits den vollen Erfolg erzielt, daß die dortige Industrie schließlich gezwungen wurde, 60 Prozent ihrer Aktien an die französische Konkurrenz auszuliefern. In gleicher Richtung liegen auch die französischen Pläne im Ruhrgebiet. Ueber die furchtbaren wirtschaftlichen Folgen der Micumverträge für die Industrie des besetzten Gebietes braucht man kaum noch ein Wort zu verlieren. Sie sind durch die ausführlichen Darlegungen der Wirtschaftsführer eingehend nachgewiesen worden, und sie liegen sofort klar zutage, wenn man sich vergegenwärtigt, daß etwa 40 Prozent der Gesamtförderung allein im Bergbau kostenlos abgeliefert werden müssen, und daß lediglich das besetzte Gebiet, die Reparationsprovinz, mit Jahreslieferungen von mehr als einer Goldmilliarde das Dreifache der Leistungen tragen muß, die England als Schuldentilgung an Amerika zahlt und die angeblich bereits die englische Leistungsfähigkeit erschöpfen. Diese Leistungen werden aus einer Wirtschaft erpreßt, deren Entwicklung man durch die Bestimmung verhindert, daß Ausfuhrerlaubnisse nach dem unbesetzten Deutschland und nach dem Ausland nur bis zur Höhe der Ausfuhr im Jahre 1922 erteilt werden. Daß unter diesen Umständen eine Rentabilität der Betriebe nicht zu erreichen ist, liegt auf der Hand, und die erschreckend anwachsende Verschuldung der Ruhrindustrie an das Ausland — eine Zeche von einer Million Tonnen Jahresförderung vergrößert infolge des Defizits ihre Schuldenlast um monatlich mindestens 500 000 Goldmark — muß es mit sich bringen, daß bei Fortdauer einer solchen Verlustwirtschaft in vier bis fünf Jahren die ganze Vermögenssubstanz einer solchen Anlage aufgezehrt würde.

Die Ruhrindustrie hat diese Belastung mit Rücksicht auf die ungeheure Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet für eine kurze Frist auf sich genommen, die Besatzungsbehörden aber haben diese Bereitschaft zum Ausgangspunkt genommen, um nach und nach alle Industrie- und Handelszweige, die an sich nichts mit Reparationslieferungen zu tun haben, in derartige Verträge hineinzuzwingen. Sie haben sogar mit der Schaffung einer Reparationsausgleichskasse den erfolgreichen Versuch unternommen, von dem Frankreich unerwünschten Prinzip der Sachleistungen abzukommen und unter Gefährdung der deutschen Währungsstabilität Barzahlungen in Devisen einzuführen. Die Ausgleichskasse sollte ursprünglich einen Ausgleich für diejenigen Firmen schaffen, die in erster Linie Sachlieferungen ausführen müssen, dadurch daß die von den Lieferungen weniger betroffenen Firmen zugunsten einer teilweisen Bezahlung der ersteren 2 Prozent ihrer Erträge in bar leisten, die in Form von Devisen an einen Fonds unter Kontrolle der Rheinlandkommission abgeführt werden.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Die Stellungnahme zur Nationalliberalen Vereinigung.

Ueberbrückung des Zwiespalts?

Hannover, 28. März. Vor Beginn der öffentlichen Sitzung des Parteitages trat der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei am Freitag in Hannover zu einer Sitzung zusammen. Die Versammlung fand in dem großen mit schwarz-weiß-roten Fahnen und den Büsten Bismarcks, Bassermanns und Benningsens geschmückten Saale des Parkhauses statt und war aus allen Teilen des Reiches außerordentlich stark besucht. Anwesend waren 91 Vertreter. Als Vorsitzender des Zentralvorstandes erstattete Reichsaußenminister Dr. Stresemann ein kurzes Referat über die politische Lage und die Politik der Partei. Stürmischer, immer wieder erneut einsetzender Beifall folgte seinen Ausführungen. Daran schloß sich eine Aussprache, die bis in die Abendstunden dauerte. Zur Gründung der Nationalliberalen Vereinigung wurde gegen vereinzelte Stimmen folgender Beschluß gefaßt:

Der Zentralvorstand stellt fest, daß politische Organisationen und ähnliche Verbindungen von Mitgliedern innerhalb der Partei nur möglich sind, soweit die Satzungen dieses gestatten oder die zuständigen Parteiinstanzen sie ausdrücklich genehmigen. Andere politische Organisationen innerhalb der Partei sind nicht möglich.

Zu diesem Beschlusse des Zentralvorstandes erklärten die anwesenden Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung folgendes: Die anwesenden Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung erklären, daß sie nach der von dem Zentralvorstand festgestellten Einmütigkeit in den politischen Auffassungen bei ihren Freunden für die Ausführung des heutigen Beschlusses des Zentralvorstandes eintreten werden.

Diese Einmütigkeit zeigte sich auch bei der einstimmigen Annahme des von Herrn Professor Dr. Leidig verfaßten Wahlaufrufs.

Die Reichstagskandidaturen der Nationalliberalen.

Berlin, 28. März. Einige der Nationalliberalen Vereinigung angehörige Herren wollen aus dem Konflikt mit der Parteileitung die Konsequenz ziehen, volksparteiliche Kandidaturen für den Reichstag nicht wieder anzunehmen. Dr. Quaadt hat die ihm von der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Westfalen-Süd angebotene Kandidatur bereits abgelehnt. In den Kreisen der Nationalliberalen Landespartei in Bayern ist beabsichtigt, dem Freiherrn v. Lersner eine Reichstagskandidatur anzubieten.

Lersners Austritt aus der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 27. März. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Lersner, der ehemalige Präsident der deutschen Friedensdelegation, hat an die Deutsche Volkspartei ein Schreiben gerichtet, in dem er unter scharfer Kritik an der von dem Führer der Partei Dr. Stresemann geführten Politik seinen Austritt aus der Partei erklärt.

Die Reinigungsaktion in Mecklenburg.

Schwerin, 28. März. Durch den Beschluß des Landtags auf Entlassung der seit 1918 angestellten Beamten, die keinerlei fachliche Vorbildung haben, sind **mehr als 200 eingeschriebene sozialdemokratische Parteiangehörige** betroffen worden. Im Bereich des Ministeriums des Innern waren allein 80 Personen aller beliebigen Berufe, vom Stallschweizer bis zum Straßenbahnschaffner, in verantwortliche Stellen gebracht worden. Das Staatsministerium verneint die Ansprüche der Entlassenen auf Pension und hat sie auf den Klageweg verwiesen.

Eine peinliche Szene im mecklenburgischen Landtag.

Berlin, 28. März. Im mecklenburgischen Landtage kam es heute zu einer peinlichen Szene. Der frühere Landwirtschaftsminister Stier, der der Wirtschaftspartei angehört, und der Chefredakteur des deutschnationalen „Rostocker Anzeigers" Stöffing gerieten in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf Stier Stöffing einige Ohrfeigen versetzte. Die Angelegenheit, die inzwischen auch den Ehrenrat beschäftigte, hatte eine stürmische Auseinandersetzung zwischen Stier und der deutschnationalen Fraktion zur Folge. Stier ist der einzige Abgeordnete der Wirtschaftspartei im Landtage. Er war im republikanischen Ministerium bis vor kurzem Landwirtschaftsminister.

Der mecklenburgische Landtag gegen Schwarz-rot-gold.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 27. März. Im mecklenburgischen Landtage wurde ein Antrag der Rechtsparteien angenommen, die schwarz-rot-goldene Reichsfahne in Zukunft über dem Landtagsgebäude nicht mehr zu hissen.

Die Pfälzer Wahlen zum bayrischen Landtag.

Ludwigshafen, 28. März. Wie die Blätter zuverlässig erfahren, steht nunmehr endgültig fest, daß die Wahlen zum bayrischen Landtag in der Pfalz gemeinsam mit den Reichstagswahlen am 4. Mai stattfinden. (W. T. B.)